

Sonder-Newsletter

Liebe Leserinnen und Leser,
wir hoffen, dass es Ihnen gut geht!

Erlauben Sie uns, Ihnen angesichts der derzeitigen besonderen Situation folgende einleitende Hinweise zu diesem Sonder-Newsletter zu geben. Das Thema „Corona/COVID 19“ bestimmt seit nunmehr gut drei Wochen das öffentliche Leben in Deutschland und zusehends auch auf der ganzen Welt. Zentrales Thema ist der Virus und wie wir alle mit den damit zusammenhängenden Gefahren umgehen.

Es zeigt sich mehr und mehr, wie gravierend auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie sind und welche gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen auf Unternehmen jeder Größe und Branche zukommen.

Unser Bestreben ist es mehr denn je, dass wir in dieser Situation für Sie da sind. Unser Team ist weiterhin uneingeschränkt im Einsatz; über das Telefon und per E-Mail sind wir jederzeit für Sie erreichbar. Physische Treffen sind selbstverständlich auf das Notwendige beschränkt.

Wir wollen Ihnen gerade auch in der jetzigen Zeit zur Seite stehen und Ihnen helfen, Ihre Herausforderungen zu lösen! Melden Sie sich gerne bei Ihren gewohnten Ansprechpartnern von PwC oder den jeweiligen thematischen Experten, sei es zu energie- oder klimawirtschaftlichen oder zu krisenspezifischen Themen.

Wir haben in den vergangenen Tagen eine Vielzahl an Erfahrungen damit gesammelt, wie Sie als energieintensives Unternehmen beispielsweise die Sicherheit Ihrer Versorgung mit Energie hinterfragen und gewährleisten können, wie Sie im Hinblick auf Meldungen und Anträge gegenüber dem BAFA, der BNetzA oder der DEHSt im Falle von Engpässen bei personellen Kapazitäten verfahren können oder welche vertraglichen Möglichkeiten zur Preisreduzierung es gegenüber Ihren Energieversorgern geben kann.

Wir haben uns dazu entschlossen, einige der aktuellen energie- und klimarechtlichen Themen, die im Lichte der Corona/ COVID 19-Krise derzeit eine besondere Rolle spielen, in den folgenden Beiträgen näher zu beleuchten und hoffen, dass sich daraus für Sie weiterführende Hilfestellungen ergeben. Sprechen Sie bei Fragen dazu gerne die genannten Ansprechpartner an, die Ihnen mit ihrer Expertise zur Verfügung stehen.

Wir wünschen Ihnen persönlich und Ihren Kolleginnen und Kollegen alles Gute, vor allem Gesundheit und eine erfolgreiche Hand, bei den anstehenden Aufgaben in Ihrem Unternehmen!

Mit besten Grüßen

Ihr

Team Energie- und Klimarecht für die energieintensive Industrie

Inhalt

Vorgaben der DEHSt zur Einhaltung von Fristen während der Corona-Krise	3
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Besondere Ausgleichsregelung; Hinweise des BAFA zur Antragsfrist zum 30. Juni	4
Eichaufsichtsbehörden beschließen verlängerte Eichfristen	5
Insolvenzrechtliches Maßnahmenpaket	6
Die Industrie in Zeiten von COVID-19: Betriebsabläufe anpassen und optimieren	7
Erhöhung der Liquidität in der Krise durch steuerliche Maßnahmen	8
Krisen-Management im energieintensiven Unternehmen	9
Ihre Ansprechpartner	11
Bestellung und Abbestellung	11

ÜNB: „Verschiebung der Testierungsfristen infolge COVID-19-Pandemie“

Nach Aussage der Übertragungsnetzbetreiber sind die Fristen zur Vorlage der Wirtschaftsprüferbescheinigungen ausnahmsweise auf den 31. Mai 2021 bzw. auf den 31. Juli 2021 verschoben worden. Bis zu diesem Datum sind die Bescheinigungen spätestens im Zusammenhang mit der Jahresabrechnung 2020 vorzulegen. Die grundsätzlichen Meldepflichten gelten aber unverändert fort.

Dies haben die Übertragungsnetzbetreiber auf ihrer gemeinsamen Internetseite „netztransparenz.de“ bekanntgegeben. Betroffen sind neben Netzbetreibern, Energieversorgungsunternehmen und Eigenversorgern auch stromkostenintensive Unternehmen, die elektronische Meldungen für Endabrechnungen nach dem EEG 2017, nach dem KWKG vorlegen müssen. Die Unternehmen müssen jedoch weiterhin zu den gesetzlich festgeschriebenen Fristen des 31. Mai 2020 bzw. 31. Juli 2020 die elektronischen Meldungen in den etablierten Formaten abgeben.

Das Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW) hat derweil auf die Veröffentlichung der Übertragungsnetzbetreiber reagiert und einen Brief, der auch auf der [Homepage des IDW](#) veröffentlicht ist, mit der Botschaft an die Übertragungsnetzbetreiber adressiert, dass es auch unter den gegebenen, außergewöhnlichen Umständen möglich ist, eine ordnungsgemäße und fristgerechte Prüfungsdurchführung und die Erteilung eines Prüfungsurteils zu gewährleisten.

Das Schreiben der Übertragungsnetzbetreiber birgt insbesondere bei einer nachträglichen Einreichung eines Prüfungsvermerks, bei dem Abweichungen gegenüber der Meldung zum 31. Mai 2020 bzw. zum 31. Juli 2020 aufgedeckt werden, Risiken bei der Abwicklung im Rahmen der Jahresabrechnung 2021 (Insolvenz- und Zinsrisiken).

Sollten Sie bei der Aufbereitung der Daten für die Endabrechnung besonderen fachlichen oder prozessualen Herausforderungen gegenüberstehen, setzen Sie sich gerne mit uns in Verbindung.

Gerhard Locher, Wirtschaftsprüfer, Tel.: +49 211 – 981 4487
E-Mail: gerhard.locher@de.pwc.com

Gerhard Denk, Wirtschaftsprüfer, Tel.: +49 69 – 9585 1570
E-Mail: gerhard.denk@de.pwc.com

Vorgaben der DEHSt zur Einhaltung von Fristen während der Corona-Krise

Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) äußerte sich aufgrund der Situation um die Corona-Pandemie zu den aktuell anstehenden Fristen zur Übermittlung des Emissionsberichts zum 31. März 2020 und zur Abgabe von Emissionsberechtigungen zum 30. April 2020.

Die DEHSt weist auf ihrer [Internetseite](#) darauf hin, dass die bestehenden Fristen zur Übermittlung des Emissionsberichts zum 31. März 2020 sowie zur Abgabe von Emissionsberechtigungen zum 30. April 2020 unverändert fortbestehen, da es sich bei diesen Fristen um europarechtlich vorgegebene Fristen handle und die DEHSt als national zuständige Behörde keine Befugnis habe, individuelle Fristverlängerungen zu gewähren.

In diesem Zusammenhang verweist sie auf die am 26. März 2020 veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission, in welcher diese die Bedeutung Einhaltung von Fristen unterstreicht.

Bezüglich etwaiger ausstehender Standortbegehungen der akkreditierten Prüfstellen zur Verifizierung der Emissionsberichte 2019 veröffentlichte die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) am 23. März 2020 in Abstimmung mit der DEHSt eine Handlungsanweisung, in der Möglichkeiten aufgezeigt werden, unter welchen Bedingungen auf eine Standortbegehung verzichtet werden kann und welche Lösungsansätze in solchen Fällen bestehen. Eine Begehung soll jedoch bei Erstanträgen auf Strompreiskompensation weiterhin erforderlich sein.

Aufgrund der eindeutigen Aussage der DEHSt, sollten betroffene Unternehmen die Fristen tunlichst einhalten und bei etwaigen Komplikationen oder Hindernissen hinsichtlich der Fristeinhaltung diese dokumentieren und vor Ablauf der Frist gegenüber der DEHSt kommunizieren.

Für Fragen zu diesem Thema stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Michael H. Küper, Rechtsanwalt, M.Sc. Tel.: +49 211 – 981 5396
E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Dr. Daniel Callejon, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 2194
E-Mail: daniel.callejon@de.pwc.com

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Besondere Ausgleichsregelung; Hinweise des BAFA zur Antragsfrist zum 30. Juni

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat am 20. März 2020 in Bezug auf die materielle Ausschlussfrist der Besonderen Ausgleichsregelung zum 30. Juni 2020 veröffentlicht, dass die Corona-Pandemie als „höhere Gewalt“ einzustufen sei, sodass unter bestimmten Umständen das BAFA Nachsicht gewähren könne.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie machen sich auch in der Inanspruchnahme der Entlastungstatbestände für Energie- und Stromverbräuche bemerkbar. Viele Unternehmen sind nun vor Herausforderungen gestellt, welche die Einhaltung der Antragsfrist zur Besonderen Ausgleichsregelung zum 30. Juni 2020 unmöglich machen, wie wenn z.B. fristrelevante Unterlagen wie der „Wirtschaftsprüfervermerk“ oder die „Zertifizierungsbescheinigung“ aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht rechtzeitig eingeholt bzw. ausgestellt werden können. Zu erwarten sind auch Implikationen der

Corona-Pandemie auf die Stromkostenintensität oder den Stromverbrauch des Unternehmens von mindestens 1 GWh (insbesondere bei umstrukturierungsbedingten Rumpfgeschäftsjahren), welche je nach Unternehmensbranche aktuell einen reduzierten oder erhöhten Stromverbrauch aufweisen können.

Das BAFA hat nunmehr mitgeteilt, dass die eine aufgrund der Corona-Pandemie unvollständige Antragstellung, insbesondere bei Fehlen der fristrelevanten Unterlagen „Wirtschaftsprüfervermerk“ und „Zertifizierungsbescheinigung“ als Fall „höherer Gewalt“ bewertet werden kann und entsprechend „Nachsicht“ gewährt werden kann. Dies ermöglicht das Einreichen der fehlenden Unterlagen auch nach Ablauf der materiellen Ausschlussfrist des 30. Juni 2020. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu beachten, dass die Frist des 30. Juni 2020 für die Antragstellung nach den §§ 63 ff. EEG 2017 weiterhin besteht und die Nachsichtgewährung allenfalls in Frage kommen soll, wenn einzelne Unterlagen fehlen.

Die Umstände, welche zu einer nicht vollständigen Antragstellung führen, sollten in nachweisbarer Form dokumentiert werden und etwaige Verzögerungen frühzeitig gegenüber dem BAFA kommuniziert werden.

Gerne unterstützen wir Sie bei der Kommunikation mit dem BAFA und bei weiteren Fragen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie in diesem Zusammenhang.

Michael H. Küper, Rechtsanwalt, M.Sc. Tel.: +49 211 – 981 5396
E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Dr. Daniel Callejon, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 2194
E-Mail: daniel.callejon@de.pwc.com

Eichaufsichtsbehörden beschließen verlängerte Eichfristen

Wegen der COVID-19-Pandemie wurden turnusmäßige Zählerwechsel bzw. die Stichprobenverfahren zur Verlängerung der Eichfrist teilweise und für einen zurzeit nicht absehbaren Zeitraum eingestellt. In Anbetracht dessen haben die Eichaufsichtsbehörden der Länder am 31. März 2020 einheitliche Regelungen zu verlängerten Fristen veröffentlicht. Dies schafft auch im Kontext von mess- und eichrechtskonform abzugrenzenden Strommengen Rechts- und Planungssicherheit.

Zur Inanspruchnahme energierechtlicher Entlastungstatbestände sind Verbrauchsmengen Dritter durch mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtungen von den privilegierungsfähigen Eigenverbrauchsmengen abzugrenzen. Hierbei sind verschiedene Anforderungen an die Rechtskonformität der Messeinrichtungen zu beachten; andernfalls kann der Nachweis der privilegierungsfähigen Mengen misslingen und es drohen zudem Sanktionen nach dem Mess- und Eichgesetz (MessEG).

Da derzeit turnusgemäß erforderliche Zählerwechsel bzw. Stichprobenverfahren zur Verlängerung der Eichfrist teilweise eingestellt wurden, haben die Eichaufsichtsbehörden einheitliche Sonderregelungen vereinbart:

- Im turnusgemäßen Zählerwechsel dürfen Zähler mit Eichfristende 2020 demnach bis zum 30. Juni 2021 die Eichfrist überschreiten. Der Vollzug des Eichrechts wird bei einer Überschreitung der Eichfrist bis zu diesem Datum ausgesetzt.
- Für Messgeräte, deren Eichfrist 2020 enden würde, und die sich zur Verlängerung dieser Frist im Stichprobenverfahren befinden, kann der Abschluss des Stichprobenverfahrens bis spätestens 30. Juni 2021 erfolgen. Zu beachten ist allerdings, dass der Antrag auf Verlängerung der Eichfrist jedenfalls vor Ablauf der Eichfrist gestellt werden muss und dass bereits ausgebaute Messgeräte innerhalb der vorgesehenen Fristen zu prüfen sind.

Die Eichaufsichtsbehörden weisen im Übrigen darauf hin, dass erforderliche Detailregelungen direkt mit der zuständigen Eichbehörde zu klären sind. Dies halten wir gerade mit Blick auf die erhebliche Bedeutung, die die energierechtlichen Entlastungstatbestände für viele Unternehmen haben, für dringend empfehlenswert, um die Rechtskonformität der verwendeten Messeinrichtungen tatsächlich sicherzustellen. Ebenfalls nicht erfasst, sind die Spezialregelungen des §§ 62a, b und § 104 Abs. 10 und 11 EEG 2017 sowie nach dem KWKG und der StromNEV, wonach eine mess- und eichrechtskonforme Abgrenzung von Strommengen, die unterschiedlichen Umlagesätzen unterliegen, grundsätzlich ab dem 1. Januar 2021 erfolgen muss.

Sollten Sie in diesem Zusammenhang Unterstützung benötigen oder sonstige Rückfragen zu den verlängerten Eichfristen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509

E-Mail: matthias.stephan@de.pwc.com

Insolvenzrechtliches Maßnahmenpaket

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat mit Rückwirkung zum 1. März 2020 neue insolvenzrechtliche Regelungen geschaffen, um die Folgen der Corona-Pandemie abzuschwächen.

Das neue Gesetz umfasst aus insolvenzrechtlicher Sicht fünf Maßnahmen zum Schutz von Unternehmen, die aufgrund von COVID-19 in eine finanzielle Schieflage geraten.

Im Zentrum der Regelungen steht die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. September 2020. Dadurch soll vermieden werden, dass betroffene Unternehmen nur deshalb eine Insolvenzantrag stellen müssen, „weil die Bearbeitung von Anträgen auf öffentliche Hilfen bzw. Finanzierungs- oder Sanierungsverhandlungen in der außergewöhnlichen aktuellen Lage nicht innerhalb der dreiwöchigen Insolvenzantragspflicht abgeschlossen werden können“ (vgl. https://www.bmjb.de/DE/Themen/FokusThemen/Corona/Insolvenzantrag/Corona_Insolvenzantrag_node.html).

Voraussetzung für die Aussetzung ist, dass die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus für die Insolvenzreife ursächlich ist und dass eine positive Prognose hinsichtlich der Beseitigung einer Zahlungsunfähigkeit besteht. Für Unternehmen dürfte dabei entscheidend sein, dass die Kausalität der Pandemie für die Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung möglichst frühzeitig belegt wird und dass die Beantragung öffentlich-rechtlicher Liquiditätshilfen und die Aufnahme sonstiger Sanierungsmaßnahmen unverzüglich erfolgen. Hierzu ist eine

enge Abstimmung mit den Hausbanken essenziell, da die relevanten Förderprogramme der KfW und anderer Förderinstitute in der Regel über diese beansprucht werden können. Während der Aussetzung beantragte Liquiditätshilfen gelten im Übrigen nach dem Gesetz nicht als Beiträge zur Insolvenzverschleppung. Soweit eine Ursächlichkeit der Pandemie nicht hinreichend belegt werden kann, birgt dies die Gefahr, dass Unternehmen weiterhin der regulären Antragspflicht unterliegen. So wird nach dem Gesetz etwa vermutet, dass es an einem solchen Ursachenzusammenhang fehlt, wenn die Zahlungsunfähigkeit bereits zum 31.12.2019 vorlag.

Das Maßnahmenpaket sieht im Übrigen vor, dass Geschäftsführer für Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife nur begrenzt haften und dass Leistungen an Vertragspartner nur eingeschränkt anfechtbar sind. Insgesamt sollen Unternehmen in ihren frühzeitigen Sanierungsbemühungen unterstützt und die staatlichen Hilfsprogramme flankiert werden.

Unsere Teams beraten umfassend zu Fragen in Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen im Insolvenzrecht, aber auch zu Fragen rund um Fördermittel und konkrete Finanzierungsprogramme.

Für Fragen zu diesem Thema stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Michael H. Küper, Rechtsanwalt, M.Sc. Tel.: +49 211 – 981 5396
E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509
E-Mail: matthias.stephan@de.pwc.com

Die Industrie in Zeiten von COVID-19: Betriebsabläufe anpassen und optimieren

Die Corona-Krise hat vielfältige Auswirkungen sowohl auf den Betrieb kritischer Infrastrukturen als auch sonstiger Sektoren der Industrie. Seien es Engpässe bei Zulieferungen, Ausfälle in eigenen in- oder ausländischen Produktionsstätten, der Umgang mit Stornierungen oder Krankenstände im eigenen Unternehmen, die zur notwendigen Anpassung der Betriebsabläufe führen. Auch behördliche Vorgaben wirken sich unter Umständen auf die Unternehmensführung aus.

Allein die nicht rechtzeitige Verfügbarkeit eines Bauteils, welches aus Asien oder anderen betroffenen Regionen nicht termingerecht geliefert wird, kann zu erheblichen Auswirkungen im Bereich der industriellen Fertigung eines Unternehmens führen. Auch Beschränkungen von Geschäftsreisen beeinflussen unter Umständen den Betriebsablauf. Viele Unternehmen erwarten Stornierungen von Aufträgen, erhöhte Krankenstände oder die Erschwerung von Arbeitsbedingungen durch weitreichende Quarantäneverordnungen.

Wir erarbeiten mit unseren Kunden entsprechende Personalkonzepte und Handlungsrouninen, damit wichtige Betriebsabläufe jederzeit gewährleistet werden. Die Krisen-Prävention setzt hierbei an vielen Stellen an – etwa durch das Aufstellen/Überarbeiten von Krisen-, Notfall- und Pandemieplänen oder aber durch Schutzkonzepte für besonders wichtige Arbeitnehmer (etwa im Produktionsbereich). Home-Office-Konzepte und die stärkere Nutzung von Telefon- und Videokonferenzen können helfen, Infektionen zu verhindern, Geschäftsreisen zu kompensieren und

unterstützen Mitarbeiter, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen müssen. Derzeit erarbeiten wir für unsere Kunden unterschiedliche Stufen von Pandemieplänen, die auch weitere, durch Anordnungen hoheitlicher Stellen bedingte Eskalationsstufen berücksichtigen. Z.B. stimmen wir für Sie ggfs. notwendige Sonderrechte und Zugangsregelungen mit Behörden ab. Wir unterstützen Sie insbesondere bei der Umsetzung der Hinweise des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Eventuell erforderliche Maßnahmen stellen etwa bestimmte Personalkonzepte dar, um die Aufrechterhaltung der Produktion und den Betrieb der Anlagen zu gewährleisten. In interdisziplinären Teams erarbeiten wir zu diesem Zweck auch konkrete Betriebsabläufe für betroffene Unternehmen. Darüber hinaus informieren wir fortlaufend über aktuelle Entwicklungen und stehen der Unternehmensleitung im Rahmen der operativen Bewältigung der Corona-Krise zur Seite.

Für Fragen zu diesem Thema stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Simon Fahrenholz, Dipl.-Ök., Tel.: +49 211 – 981 2346
E-Mail: s.fahrenholz@pwc.com

Alexandra Ufer, Rechtsanwältin, Tel.: +49 211 – 981 5679
E-Mail: alexandra.ufer@pwc.com

Erhöhung der Liquidität in der Krise durch steuerliche Maßnahmen

Bei Liquiditätsengpässen infolge der Covid-19-Pandemie lassen sich durch die gezielte Koordination der Steuerzahlungen die kurzfristige Liquidität und das Innenfinanzierungsvolumen von Unternehmen erhöhen.

Durch die Optimierung von Steuerzahlungen und -erstattungen lassen sich die Steuerabflüsse in Unternehmen kurzfristig reduzieren. Durch das jüngst beschlossene „Maßnahmenpaket zur Abfederung der Auswirkungen des Corona-Virus“ der Bundesregierung wird dies erleichtert. Verbessert werden insbesondere die Möglichkeiten zur Stundung von Steuerzahlungen sowie zur Senkung von Vorauszahlungen.

Insgesamt wird Unternehmen die Möglichkeit von Steuerstundungen in Milliardenhöhe gewährt. So können bspw. die Finanzämter auf die üblichen Stundungszinsen in Höhe von 0,5 Prozent pro Monat im Einzelfall teilweise oder ganz verzichten. Das Unternehmen muss dafür glaubhaft machen, dass die Pandemie die fehlende Liquidität verursacht hat. Die hierfür erforderliche Abstimmung mit den Ländern hat das Bundesministerium der Finanzen eingeleitet.

Bei den Steuern, die von der Zollverwaltung verwaltet werden (z. B. Energiesteuern), ist die Generalzolldirektion angewiesen worden, den Steuerpflichtigen entgegenzukommen. Gleiches gilt für das Bundeszentralamt für Steuern, das für die Versicherungssteuer und die Umsatzsteuer zuständig ist und entsprechend verfahren wird.

Die Herabsetzung von Steuervorauszahlungen ist eine weitere Möglichkeit, zu verhindern, dass in Krisensituationen unnötig weitere Liquidität aus Unternehmen abfließt. Am 10. Juni 2020 stehen die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen für

das 2. Quartal 2020 an. Entsprechendes gilt für die Gewerbesteuer. Hierfür müsste dargelegt werden, dass aufgrund der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Umsatzausfälle das voraussichtliche zu versteuernde Einkommen 2020 deutlich gemindert, ggf. sogar ein Verlust zu erwarten ist. So können etwa (vorübergehende) Werksschließungen von Zulieferern und anderen Vertragspartnern oder eine höhere Quote krisenbedingt zu erwartender Zahlungsausfälle nach unserer Einschätzung als zu erwartender Umsatzausfall gewertet werden.

Über einen kurzfristig eingereichten Antrag wird die Finanzverwaltung regelmäßig nicht umgehend entscheiden können und auch ein Herabsetzungsantrag hebt die Fälligkeit einer Steuervorauszahlung nicht auf. Daher sollte ein entsprechender Antrag mit einem solchen auf zinslose „technische Stundung“ des beantragten Differenzbetrags kombiniert werden. Der Antrag auf technische Stundung setzt voraus, dass zum Einzug fällige Steuerschulden mit Steuervergütungsansprüchen/Steuer Guthaben verrechnet werden können, die jedoch aus „technischen Gründen“ noch nicht festgesetzt wurden.

Entsprechende steuerpolitische Maßnahmen wurde durch die Bundesregierung, die Finanzministerien und das BMWi bereits auf den Weg gebracht.

Soweit etwa in Bezug auf Fristverlängerungsanträge oder Verspätungszuschläge keine Besonderheiten angekündigt wurden, rechnen

Auch wenn der Koalitionsausschuss, die Bundesregierung und Finanzministerien noch keine Aussagen hierzu getroffen haben,

Nach gegenwärtiger Einschätzung rechnen wir mit einem behördlichen Entgegenkommen und einer entsprechenden (ermessensgerechten) Beurteilung solcher Anträge, die eindeutig auf die „Corona-Krise“ zurückzuführen sind. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Fristverlängerungsanträge oder Verspätungszuschläge für die bislang keine Besonderheiten angekündigt wurden.

Für Fragen zu diesem Thema stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Michael H. Küper, Rechtsanwalt, M.Sc. Tel.: +49 211 – 981 5396
E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509
E-Mail: matthias.stephan@de.pwc.com

Krisen-Management im energieintensiven Unternehmen

Die aktuelle Ausbreitung von COVID-19 zeigt, wie dynamische Ereignisse geübte Krisen- und Business Continuity Planungen an die Grenzen der Umsetzbarkeit führen können. Gemeinsam mit unseren Mandanten stellen wir aktuell fest, dass für das vorherrschende Lagebild oftmals keine ausreichend robusten Handlungsvorgaben und Kommunikationsroutinen innerhalb betroffener Unternehmen existieren. Dies gilt besonders für energieintensive Unternehmen mit Blick auf wichtige Kommunikationsschnittstellen im unmittelbaren Umfeld.

In der Kürze der Zeit sind grundlegende Analysen und Vorbereitungen nicht nachholbar. Pragmatische Reaktionen, Lösungsorientierung und Informationstransparenz sind wertvoller als eine vollständige Problemwürdigung und breite Konsensbildung. Die Gratwanderung zwischen Gesundheitsschutz der Bevölkerung, Mitarbeiterfürsorge und Aufrechterhaltung Ihrer kritischsten Prozesse und Dienstleistungen – als Ihr Beitrag zur Daseinsvorsorge – obliegt Ihnen und Ihrem Krisenstab.

PwC unterstützt seit vielen Jahren energieintensive Unternehmen aus verschiedenen Industriesektoren bei der Bewältigung komplexer Lagen: Von der Überbrückung von Schadenslagen der „Jahrhundertflut“ 2002, dem Bürgerschaftsmanagement während der Finanzkrise 2009, bis hin zu Simulationen von Wirkungsketten und Lagebild-Begleitung bei überörtlichen Hochrisiko-Lagen.

Aktuell stärken wir bereits Krisenstäbe von Unternehmen in verschiedenen Sektoren der Industrie, beschleunigen Lagebeurteilungen durch geübte Praktiken, mit schnellem Zugriff auf Informationen und deren unverzügliche Verarbeitung sowie durch unser Netz von Experten für Arbeitsschutz und -organisation, Gesundheitsmanagement, KRITIS/IT-Absicherung, Krisenkommunikation, öffentliches Recht, Fördermanagement und Lagebild-Verfolgung.

Als langjähriger kompetenter Partner von Unternehmen der energieintensiven Industrie wollen wir Ihnen unsere Expertise und Kapazitäten flexibel zur Verfügung stellen, um die Handlungsfähigkeit Ihres Unternehmens in der aktuellen Lage und zukünftig sicherzustellen. Gerne stehen wir Ihnen kurzfristig für eine Erörterung zur Verfügung – auch außerhalb der üblichen Geschäftszeiten.

Für Fragen zu diesem Thema stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Michael H. Küper, Rechtsanwalt, M.Sc. Tel.: +49 211 – 981 5396
E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509
E-Mail: matthias.stephan@de.pwc.com

Ihre Ansprechpartner

RA Michael H. Küper
Düsseldorf
+49 211 981-5396
michael.kueper@de.pwc.com

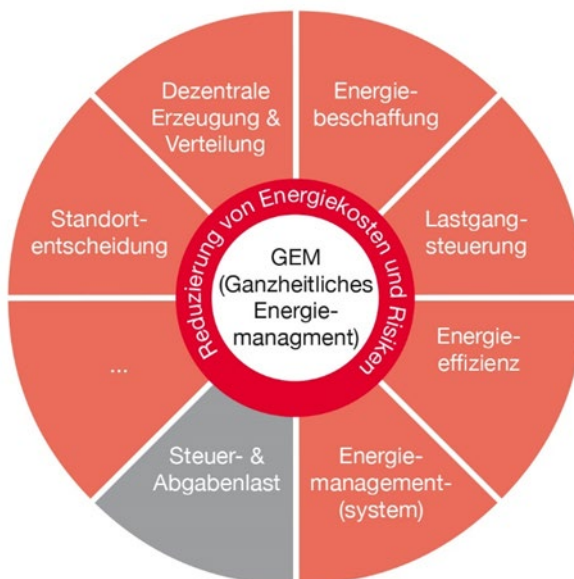
RA Peter Mussaeus
Düsseldorf
+49 211 981-4930
peter.mussaeus@de.pwc.com

RA Christoph Fabritius
Düsseldorf
Tel.: +49 211 981-4742
christoph.fabritius@de.pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Bestellung" an subscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com.

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Abbestellung" an unsubscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com.



Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© April 2020 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei. Alle Rechte vorbehalten. „PwC Legal“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.